

Mit Digitalisierung und Dekarbonisierung aus der Krise

WIFO-Studie im Auftrag der OeNB beleuchtet wirtschaftspolitische Hebel zur Forcierung von Investitionen

Mit dem absehbaren Ende der COVID-19-Pandemie stellt sich die Frage, wie die österreichische Wirtschaftspolitik die Erholung nutzen kann, um den Strukturwandel zu steuern und zu begleiten. Vor diesem Hintergrund untersucht eine Studie des WIFO im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank wirtschaftspolitische Hebel zur Forcierung von Investitionen. Besonderes Augenmerk wird auf die Digitalisierung und die Bewältigung des Klimawandels gelegt.

Investitionen sind zentral für die Gestaltung des Aufholprozesses nach der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Rezession. Diese sind nicht nur wichtige Treiber von Wachstum und Beschäftigung, sondern auch ein Vehikel der Verbreiterung neuer Technologien, die wirtschaftliche Prozesse und Strukturen mitunter tiefgreifend verändern. Dies führt zu folgender Forschungsfrage: Wie kann die öffentliche Hand nach der weiteren Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen Investitionen unterstützen, damit nationale und europäische Zielvorgaben erreicht werden? Eine Studie des WIFO im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank untersucht Ansatzpunkte der Wirtschaftspolitik in zwei Bereichen, die beide eine Querschnittsmaterie darstellen.

- Der "**Digitalisierung**", die durch die Nutzung technologischer Neuerungen im IKT-Bereich getrieben wird. Die Studie untersucht die Position Österreichs mittels eines quantitativen Benchmarkings der österreichischen Performance und eine Literaturrecherche.
- Die "**Dekarbonisierung**", d. h. das Erreichen der CO₂-Neutralität der Wirtschaft und Gesellschaft, ist eine Notwendigkeit, die aus dem menschengemachten Klimawandel folgt. Sie leitet sich aus naturwissenschaftlichen Forschungserkenntnissen ab. Die Hebel wurden anhand einer Stakeholder-Befragung erarbeitet.

Hebel zur Förderung von Investitionen in die Digitalisierung

1. Hinreichende **Datennetze** sind eine notwendige Voraussetzung der Nutzung digitaler Technologien. Österreich hat Potential bei der Verbesserung der Netzabdeckung, insbesondere bei schnellen Übertragungsraten von über 100 Mbit/s und bei der Reduktion des Stadt-Land Gefälles. Zwar hat die "Breitbandmilliarde" vor allem in den ersten Umsetzungsjahren den Ausbau beschleunigt, am aktuellen Rand scheint die Dynamik sich jedoch zu verlangsamen. Gerade im ländlichen Raum stoßen private Netzbetreiber trotz Förderungen an Rentabilitätsgrenzen. Die kürzlich beschlossene Weiterführung der Förderung ist begrüßenswert. Dennoch werden weitere öffentliche Mittel benötigt werden, sofern die Wirtschaftspolitik weiter das Ziel einer quasi-flächendeckenden Versorgung anstrebt. Eine

Quasi-Vollversorgung mit Glasfaser würde Investitionen von etwa 8 Mrd. € benötigen. Der Telekomsektor operiert seit der Liberalisierung im Spannungsfeld privater Netzbetreiber einerseits und öffentlichen Zielvorgaben andererseits. Hinsichtlich der Marktorganisation zeigt sich, dass die regionale öffentliche Hand als Betreiberin passiver Infrastrukturen in PPP-Modellen den Ausbau deutlich forcieren kann. Der in den letzten Jahren entstandene und stetig verbesserte "Breitbandatlas", die Grundlage der Festlegung förderwürdiger Gebiete, sollte auf effektiven Übertragungsraten fußen. Bei der Vergabe sollte verstärkt die Diskrepanz zwischen regionalen Zentren und der Peripherie berücksichtigt werden. Jedenfalls soll der geförderte Ausbau anhand der tatsächlichen Netzperformance bewertet werden.

2. Nutzungsdaten deuten auf Schwächen in der Diffusion von **prozessbezogenen IKT-Diensten** hin, was die niedrigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbeiträge von IKT-Investitionen erklären kann. IKT-Investitionen werden oft nicht von innerbetrieblichen Reorganisationen begleitet. Die IKT-Diffusion sollte durch Awareness-Programme und der Unterstützung von betrieblichen Prozessanpassungen bei IKT-Projekten gefördert werden, wie dies bereits im Programm "KMU-Digital" geschieht.
3. Die **Wirtschaftspolitik selbst** kann beisteuern, indem sie die Kompetenzen der Digitalisierungspolitik in der öffentlichen Hand weiter strafft. Quantifizierbare Ziele und "Monitoring und Evaluierung" sollten die Grundlage evidenzbasierter IKT-Politik bilden. Derzeit wird eine Vielzahl von Zielen in zahlreichen Programmen verfolgt. Eine explizite **Priorisierung** von Politikfeldern ist derzeit nicht erkennbar. Diese Studie schlägt, neben Aus- und Weiterbildung, die genannten Punkte Breitbandnetze und Prozessinnovationen, die IKT-Investitionen begleiten, vor.

Hebel zur Förderung von Investitionen in die Dekarbonisierung

1. Das **Bewusstsein**, dass Dekarbonisierung Strukturwandel bedeutet, ist stark unterschiedlich verankert. Während vor allem in emissionsintensiven Bereichen die Dekarbonisierung als unumstrittene Zielsetzung anerkannt wird, lassen sich in anderen Bereichen Beharrungstendenzen beobachten. Während Schlüsselbetriebe den Dekarbonisierungsprozess treiben, sollten insbesondere KMU auf Chancen und Risiken aufmerksam gemacht werden.
2. Die **öffentliche Hand** sollte vermehrt als "Lead User" auftreten und Demonstrationseffekte zur CO₂-Reduktion schaffen (z. B. durch innovative Gebäude oder schadstoffarme öffentliche Fahrzeugflotten). Im Bewusstsein der öffentlichen Beschaffung sollten CO₂-Reduktionen stärker verankert werden. Neue Technologien sollten anhand einer gesamtheitlichen Beurteilung der Produktions- und Nutzungsphase beurteilt werden ("from the cradle to the grave").
3. Oft kann mit keiner der heutigen Technologien die Emissionsziele erreicht werden, d. h. es werden Übergangstechnologien genutzt (z. B. in der Fahrzeugindustrie). Das zeigt, dass die Dekarbonisierung innovationsgetrieben und somit risikoreich ist, wodurch Anforderungen an die **Forschungsförderung** entstehen. Der Adressatenkreis der Fördernehmer sollte ausgeweitet werden und verstärkt Akteure aus Bereichen erfassen, die einen Beitrag zur De-

karbonisierung leisten können (z. B. Bau- und Materialwirtschaft). Unternehmen sollten vermehrt sektorübergreifende Lösungen suchen und Fachkräfte entsprechend aus- und weiterbilden, um den Strukturwandel zu bestehen.

4. Die Berücksichtigung von Emissionen in einer Vielzahl sektorspezifischer **Regulierungen und Rechtsmaterien** im Sinne von Ge- und Verboten bietet Hebel für Investitionen in die Dekarbonisierung. Die Wirtschaftspolitik sollte trotz des gewünschten missionsorientierten Strukturwandels möglichst große **Planungssicherheit** schaffen. Das betrifft auch das Förderwesen, das missionsorientierten Kriterien folgen soll. In Frühphasen der Diffusion können auch technologische Alternativen unterstützt werden (z. B. Elektrofahrzeuge).
5. Die Gesprächspartner und -partnerinnen der Stakeholder-Befragung wurden über den Policy-Mix befragt, wobei diese sich für eine Mischung aus **Regularien** und **CO₂-Steuern** ausgesprochen haben. **CO₂-Steuern** wurden meist, sofern sie europaweit und gleichzeitig mit "carbon tax border adjustments" eingeführt werden, **nicht abgelehnt**.

Wien, am 15. Juni 2021

Rückfragen bitte am Dienstag, dem 15. Juni 2021, zwischen 11:00 und 13:00 Uhr,
an Mag. Dr. Klaus S. Friesenbichler, Tel. (1) 798 26 01 – 296, klaus.friesenbichler@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte folgender WIFO-Publikation:

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Angela Köppl, Birgit Meyer, Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel (Juni 2021, 85 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67181>).